

Meeresforscher warnt vor Zusammenbruch der Fischbestände

Von Detlef Kolze

Bremerhaven. Der kanadische Meeresökologe Professor Daniel Pauly nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Zukunft des Planeten Erde geht: Er warnt eindringlich vor dem Kollaps der globalen Fischbestände. Zugleich fordert der frühere Direktor des Fischereininstituts der University of British Columbia, der zurzeit als Gastwissenschaftler am Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung arbeitet, mehr Schutz zonen, den Verzicht auf Subventionen und die Rückkehr zur Kleinfischerei.

Kritik an industrieller Fischerei

Verantwortlich für die Probleme in den Meeren, so erklärte Pauly bei einem Vortrag in Bremerhaven, sei die industriell betriebene Fischerei. Riesige Fangflotten aus einem halben Dutzend großer Nationen seien weltweit unterwegs, nachdem sie die Fanggebiete in der näheren Umgebung ihrer Heimatländer praktisch leergefischt hätten. Als entscheidenden Mangel der industriellen Fischerei nennt Pauly die Tatsache, dass etwa ein Viertel der Fänge wieder über Bord geworfen werde, weil die Tiere wirtschaftlich als nicht brauchbar gelten.

Auch der Umstand, dass von der Fischerei mittlerweile auch Bereiche der Nahrungskette erfasst werden, stößt auf die Kritik des Experten. Das Phänomen, das er mit dem Ausdruck „fishing down“ bezeichnet, bedeutet zum Beispiel, dass die gefangenen Fische immer kleiner werden. In den Handel kämen immer wieder neue Arten von Fischen, die oft unter Fantasienamen vermarktet würden, be-
tonte er.

Abzulesen ist der Raubbau in den Meeren laut Pauly an einem unübersehbaren Rückgang der Fangmengen seit dem Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Offizielle Zahlen sagten zwar etwas anderes aus, doch diese seien fehlerhaft. Verantwortlich für die übertrieben hohen Zahlen sei insbesondere China. Dort sei jedoch viel weniger Fisch gefangen worden als offiziell gemeldet, erklärte der Wissenschaftler.

Der Abwärtstrend bei den Fangmengen sei noch deutlicher, so erläuterte Pauly,

wenn die in den offiziellen Zahlen nicht enthaltenen Kleinfischerei berücksichtigt werde. Der Forscher ließ die entsprechenden Daten von eigenen Mitarbeitern ermitteln. Mit deren Hilfe erstelle er eine wissenschaftliche Gesamtbilanz.

Auch wenn hierzulande auf den Märkten vom Rückgang der Fangmengen noch nichts zu spüren ist, heißt das nach den Worten des kanadischen Experten nicht, dass dieser sich nicht bemerkbar machen würde: Die Defizite bei den Anlandungen würden durch den geringeren Konsum im Süden der Welt ausgeglichen. Dort sei der Rückgang der Fangmengen auf den Märkten bereits deutlich zu spüren.

Vor diesem Hintergrund übt Pauly heftige Kritik an der Subventionspolitik der reichen Länder. Normalerweise müsste der Fischfang nach seinen Angaben bei sinkender Erträge wegen steigenden Betriebskosten immer weniger lohnen und folglich zurückgehen. Tatsächlich jedoch ermöglichen die „schädlichen Subventionen“ die Fortsetzung der



Der Meeresökologe Daniel Pauly. FOTO: AFP

permanenten Überfischung der Meere. Nach Darstellung von Pauly werden dafür jährlich mehr als 30 Milliarden Euro aufgewendet, was etwa einem Drittel des Fangwerts entspreche.

In den Aquakulturen sieht der Wissenschaftler keinen sinnvollen Ausweg, da beispielsweise Lachse mit Fischmehl gefüttert würden und daher ebenfalls nur durch den Raubbau in den Meeren gezüchtet werden könnten.

Abbau der Überkapazitäten gefordert

Als Perspektive für eine nachhaltige Fischerei nennt der kanadische Experte den Abbau der Überkapazitäten der industriellen Fischfangflotten und eine Umorientierung auf die Kleinfischerei. Dort würden weniger Fische zurück ins Meer geworfen. Außerdem liefere sie bessere Qualität und benötige weniger Treibstoffe.

Außerdem, so sagte Pauly weiter, sei die Ausweitung der Schutzgebiete in den Meeren erforderlich. Auch wenn diese in den vergangenen Jahren erkennbar vergrößert worden seien, umfassten sie aktuell nicht mehr als etwa ein Prozent der Ozeane. Dies sei bei weitem zu wenig, wenn der absehbare Kollaps der Fischbestände noch verhindert werden sollte.

Wesasturias, 1 27-06-2009